

Liebe Leserinnen und Leser,



mit der 16. Auflage meines Abgeordnetenbriefes möchte ich Sie und Euch kurz vor Weihnachten erneut über Schwerpunkte meiner Arbeit als Abgeordneter informieren. Wie in den vorherigen Briefen gibt es wieder Informationen zu meinen Veranstaltungen und Aktivitäten vor Ort, über meine Tätigkeit als finanz- und vertriebenenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und über wichtige Themen der Landespolitik.

Seit meinem letzten Abgeordnetenbrief im Sommer 2015 ist wieder viel passiert und wir können auf gelungene Veranstaltungen wie die Informationsfahrten in den Bayerischen Landtag sowie auf tolle Fachgespräche und Empfänge in den Landkreisen Würzburg und Kitzingen zurückblicken. Dabei waren Persönlichkeiten wie meine Bundestagskollegen Martin Burkert und Brigitte Zypries, mein Landtagskollege Dr. Paul Wengert und Landtagsvizepräsidentin Inge Aures zu Gast.

Es freut mich, dass ich mich in den letzten Monaten wieder intensiv für die Belange der Region einsetzen konnte. Ich danke meinen LandtagskollegInnen Georg Rosenthal (Würzburg), Martina Fehlner (Aschaffenburg) und Kathi Petersen (Schweinfurt) für die partnerschaftliche und gute Zusammenarbeit.

Lesen Sie in dieser Ausgabe auch Gastkommentare unserer MdBs Bernd Rützel und Sabine Dittmar.

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde, ich wünsche Ihnen und Euch ein schönes Weihnachtsfest, eine erholsame Zeit zwischen den Jahren und für 2016 alles erdenklich Gute. Es wäre schön, wenn wir uns bei nächster Gelegenheit gesund und munter wieder sehen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr und Euer



Volkmar Halbleib, MdL
Abgeordneter für den Landkreis Würzburg, Betreuungsabgeordneter für den Landkreis Kitzingen

Inhaltsübersicht:	Veranstaltungen im Rückblick	Seite 2
	Aktivitäten vor Ort	Seite 8
	Einsatz für die Region	Seite 14
	Meine Aufgaben in München	Seite 16
	Gastbeiträge unserer Bundestagsabgeordneten	Seite 18

Veranstaltungen im Rückblick – Eine Auswahl

Markt Rimpar ehrt SPD-Urgestein Elfriede Knorz mit dem Ehrenring



Auf Beschluss des Marktgemeinderats Rimpar wurde Elfriede Knorz mit der zweithöchsten Auszeichnung des Marktes Rimpar – dem Ehrenring – ausgezeichnet. Zu der feierlichen Veranstaltung in der alten Knabenschule waren viele Weggefährten von Elfriede gekommen. Bürgermeister Burkhard Losert blickte auf das politische Wirken von Elfriede zurück und bezeichnete sie als das „soziale Gewissen“ der Marktgemeinde. Elfriede war von 1960 bis 1990 SPD-Kreisrätin. Deshalb war in Rimpar auch stets klar, wer

gemeint ist, wenn man von der „Kreisrätin“ sprach, auch heute noch, obwohl sie schon 25 Jahre nicht mehr im Kreistag ist. Sie war übrigens die erste Kreisrätin im Landkreis Würzburg. Von 1978 bis 1996 war sie Mitglied des Marktgemeinderates. Sie gründete 1961 den Ortsverband der Arbeiterwohlfahrt und ist bis heute seine Vorsitzende. Sie organisierte Ausflüge mit behinderten Menschen und Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche. Sie initiierte die Einrichtung einer integrativen Gruppe in der AWO-Krabbelstube und betrieb damit Inklusion zu einer Zeit, in der das Thema öffentlich kaum diskutiert wurde. Elfriede war auch Schöffin am Verwaltungsgericht. Wer Rat und Hilfe suchte, in Elfriede fand er eine Ansprechpartnerin.

Auf Parteiebene engagierte sie sich von 1961 bis 1987 im UB-Vorstand und von 1962 bis 1990 im Kreisvorstand. Darüber hinaus war sie über viele Jahre hinweg stellvertretende Vorsitzende bei 60plus.

Für alle ihre Verdienste erhielt sie eine Fülle an Auszeichnungen. Das Bundesverdienstkreuz zählt dazu, die Vollmar-Medaille, die Landkreis-Medaille, die Bürgermedaille von Rimpar und verschiedene Ehrungen der Arbeiterwohlfahrt.

Ihr beachtliches Wirken ist umso bemerkenswerter, wenn man weiß, dass sie sehr früh ihren Mann Paul durch einen Verkehrsunfall verlor und bei der Erziehung ihrer drei kleinen Söhne auf sich alleine gestellt war.

Walter Kolbow bezeichnete Elfriede in seiner Laudatio als „Grand Dame“ der SPD. In meiner Laudatio machte ich deutlich, welch großes Vorbild Elfriede gerade für uns jüngere Politiker ist. Ich gratuliere Elfriede Knorz auf diesem Wege nochmals sehr herzlich zu dieser Auszeichnung. Ich wünsche ihr persönlich alles Gute, vor allem viel Gesundheit und Zufriedenheit. (Foto: Harald Schmid)

Besuch der Mainfrankenmesse 2015 in Würzburg

Zusammen mit den Kollegen Bernd Rützel und Sabine Dittmar aus dem Bundestag, mit Kollege Georg Rosenthal aus dem Landtag sowie SPD-Vorstandsmitgliedern aus Stadt und Landkreis stattete ich der Mainfrankenmesse einen Besuch ab. Wir nutzten die Gelegenheit, um uns über viele aktuelle Produkte und Dienstleistungen zu informieren und hatten sehr interessante Gespräche. Natürlich nutzten wir auch die angebotenen Möglichkeiten zur Verkostung innovativer Speisen und Getränke.

Lassen wir die Bilder sprechen.



Einweihung einer neuen Krippe in Kleinrinderfeld



Im Juli eröffnete der Sankt Johannisverein in Kleinrinderfeld in der Kindertagesstätte St. Martin eine neue Kinderkrippe. Zur Eröffnung war ich eingeladen, ein Grußwort zu sprechen. Bürgermeisterin Eva Linsenbreder, die auch Vorsitzende des Vereins ist, dankte allen Helfern, die unzählige Stunden ehrenamtlicher, tatkräftiger Mitarbeit geleistet hätten. Domkapitular Jürgen Lenssen segnete die neuen Räume im lichtdurchfluteten neuen Anbau, die moderne Gruppen-, Schlaf- und

Wickelräume beheimaten. Der Verein, mit seinem Geschäftsführer Günther Klühspies, hat hier Vorbildliches geleistet und exzellente Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder geschaffen.

50 Jahre SPD-Ortsverein Kürnach



Von links: Wir, Stefan Wolfshörndl und ich, konnten Richard Frey für 50 jährige, Lothard Teicher für 45-jährige, Prof. Dr. Alexander Schraml für 20-jährige und Otto Rüger für 25-jährige Mitgliedschaft in der SPD ehren. Otto ist auch SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Kürnach. (Foto: Gerald Langer)

Ein halbes Jahrhundert ist die Kürnacher SPD alt. Dieses Jubiläum wurde u. a. mit einem Festakt gefeiert. Den Festvortrag hielt Walter Kolbow, MdB a.D. und Parlamentarischer Staatssekretär a.D., der über die Rolle der SPD in der Nachkriegszeit, vor allem in den Kommunen, sprach. Otto Rüger erzählte die Geschichte der Kürnach-SPD und berichtete über ihre zahlreichen kommunalpolitischen Initiativen. Dazu zählen die Altortsanierung, die ökologische Abwasserentsorgung, der Familienbeirat. Einige Mitglieder wurden für langjährige Mitgliedschaft geehrt. Auch Landrat Nuss und Bürgermeister Thomas Ebert sprachen Grußworte und haben gerne mitgefeiert.

105 Jahre SPD-Ortsverein Rottendorf



Ein äußerst bemerkenswertes Jubiläum feierte der SPD-Ortsverein in Rottendorf. Er wurde 105 Jahre alt und ist damit in Rottendorf die älteste Partei. Viele Ehrengäste waren der Einladung zur Jubiläumsfeier gefolgt. Ortsvereinsvorsitzender Detlef Wolf begrüßte MdB Bernd Rützel, der auch die Festansprache hielt, Eva-Maria Linsenbreder, Bezirkstagsvizepräsidentin und

Bürgermeisterin von Kleinrinderfeld, sowie Rottendorfs Bürgermeister Roland Schmitt. Ich selbst ging in meinem Grußwort auf die überaus große Verlässlichkeit des Ortsvereins ein, denn, wann immer man die Rottendorfer SPD brauche, steht sie parat und man könne sich darauf verlassen, dass die Sache gut läuft, wie z. B. bei den Neujahrsempfängen von Stadt- und Landkreis-SPD. Bernd Rützel ging in seiner Festansprache auf das Erfurter Programm ein, das von 1891 bis 1921 die Marschrichtung der Sozialdemokraten vorgab. Im Rahmen des Jubiläums wurden auch Ehrungen für langjährige Parteizugehörigkeit vorgenommen. Seit 50 Jahren Mitglied sind Werner Wienert und Rudi Schauer. Seit 40 Jahren dabei sind Klaus Schüttler, Waldemar Przyklenk, Ingrid und Robert Hesselbach, Werner Thamm und Helmut Kress. 25 Jahre Mitglied sind Hans-Georg Rohacker, Ulrike und Reinhold Schulz, Barbara Seifried, Sieglinde Seiler, Horst Winter, Karin Schauer und Günter Amend. Ihnen allen herzlichen Glückwunsch und vielen Dank für ihr Engagement für die Sozialdemokratie.

Jusos zu Besuch in Ochsenfurt



Die Jusos Würzburg-Land statteten der Ochsenfurter SPD einen Informationsbesuch ab. Im Rahmen einer Stadtführung informierte ich sie über die Geschichte der Stadt, stellte Probleme dar und Projekte vor und informierte über die Politik vor Ort. Bei Kaffee und Kuchen diskutierten wir über gesellschaftliche und politische Themen, auch über die Flüchtlingsproblematik. Auch wie man den Problemen sterbender Innenstädte begegnen

kann, wurde eifrig diskutiert. Vor allem die Frage, wie man diese wieder beleben kann, wurde als spannendes Thema wahrgenommen, auch unter dem Gesichtspunkt, wie neue Ideen und Projekte mit alter Bausubstanz in Einklang zu bringen sind. (Foto: Ingrid Stryjski)

Neue Intensivstation der Main-Klinik ihrer Bestimmung übergeben



Mit einem Festakt wurde die neue Intensivstation an der Ochsenfurter Main-Klinik ihrer Bestimmung übergeben. Der auf Stelzen ruhende Anbau dient der Behandlung Schwerstkranker, erläuterte Chefarzt Manfred Knof den Gästen des Festakts. Neun großzügig ausgelegte Behandlungszimmer wurden geschaffen, die technische Ausstattung sei auf dem neuesten Stand. Der Bau wurde mit zwei Millionen Euro vom

Freistaat gefördert, die Bausumme lag bei 2,8 Millionen Euro. Der Bauzeiten und der Kostenplan seien exakt eingehalten worden, so Landrat Eberhard Nuss. Beim sich anschließenden Tag der offenen Tür konnten sich die Besucher von der Leistungsfähigkeit der Klinik überzeugen.

Einweihung des Hallenbades an der Realschule Ochsenfurt



Große Freude hatten die Schülerinnen und Schüler der Ochsenfurter Realschule und alle Bürgerinnen und Bürger aus der Region: Am 16. Oktober wurde das neue Hallenschwimmbad an der Realschule eingeweiht. Zusammen mit Schwimmweltmeister Thomas Lurz und vielen begeisterten Schwimmern sprang Landrat Eberhard Nuss, gekleidet im Oldfashion-Badeanzug, ins Schwimmbecken und übergab es damit seiner Bestimmung. Bereits 2008 hatte der Bauausschuss des Kreistages die Entscheidung getroffen, eine Turn- und Schwimmhalle an der Realschule zu bauen. Die Entscheidung der Kreisträte das alte Schwimmbecken, das kleiner war, nicht zu sanieren und ein Becken mit 25 auf 12,5 Meter zu bauen, sei goldrichtig gewesen, so der Landrat. Er dankte ausdrücklich den Kreisträten und vor allem auch meinem Landtagskollegen Manfred Ländner und mir selbst für die Unterstützung dieses Vorhabens in München. Auf den Ärger mit dem Bau und dem Baupfusch, der zwei Jahre Verzögerung mit sich brachte, wollte der Landrat an diesem Freudentag nicht eingehen. Freuen können sich nun die Schülerinnen und Schüler der Realschule über das wirklich schöne Bad. Auch die Schwimmabteilung des TV Ochsenfurt hat wieder tolle Möglichkeiten um Schwimm- und andere Kurse, wie Aquafitness, anzubieten.

Zu Besuch im Bayerischen Landtag



Im Rahmen einer Informationsfahrt in den Bayerischen Landtag konnte ich im September gleich zwei stattliche Reisegruppen begrüßen. Zu Besuch waren die Naturfreunde aus Kitzingen (Bild rechts) und knapp 50 Mitglieder des SV Kleinochsenfurt (Bild links). Nach dem Mittagessen in der Landtagsgaststätte durften meine Besucher im Plenarsaal Platz nehmen. Ich berichtete über meine vielfältige Arbeit in München. In der sich anschließenden Diskussion wurde die Aufhebung des Waldschutzgebietes Steigerwald diskutiert und auch Themen wie TTIP und die aktuelle Flüchtlingspolitik. Abschließend blieb noch Zeit für einen Besuch auf dem Oktoberfest im Traditionszelt „Oide Wiesen“.

Und noch ein Besuch im Landtag



Am 9. November, ein historisch bedeutsames Datum, besuchte mich eine rund 50 Personen umfassende Reisegruppe aus dem Landkreis Würzburg. Nach dem Mittagessen diskutierten wir im Plenarsaal u. a. über die Flüchtlingspolitik. Ich machte deutlich, dass wir ernstzunehmende Lösungen brauchen und dass kein Platz für Hetze ist. Es schloss sich eine Führung im neugegründeten NS-Dokumentationszentrum an, dessen Direktor, Professor Dr. Nerdinger, uns über die Ursprünge und die Geschichte des Nationalsozialismus in München sowie die bis heute andauernde Aufarbeitung informierte. Am Schluss blieb noch Zeit für einen Spaziergang durch die Münchner Innenstadt.

Aktivitäten vor Ort

Bahnhöfe Kitzingen und Ochsenfurt: Aktion Barrierefreiheit



Bayern barrierefrei – davon sind wir noch ein ordentliches Stück entfernt. Man darf gespannt sein, wie ernsthaft sich Seehofer daran macht, sein Versprechen einzulösen, dass Bayern bis 2023 barrierefrei sein soll. Wir jedenfalls wollen nicht zuwarten, sondern offen legen, wo es besonders brennt. Ein Beispiel dafür sind die Bahnhöfe in Kitzingen und Ochsenfurt. Zusammen mit MdB Martin Burkert, er ist Verkehrsausschussvorsitzender im Bundestag, und Mitgliedern der Kitzynger SPD haben wir Anfang August vor Ort deutlich gemacht, dass es viele Barrieren dort gibt, die beseitigt werden müssen. Die Bahnsteige 2 und 3 sind für Reisende mit Gepäck, für Rollstuhl- und Rollatorfahrer, für Eltern mit Kinderwagen nur schwer und kaum ohne fremde Hilfe erreichbar. Die Höhe der Bahngleise müsste um 76 cm angehoben werden, der Einbau eines Fahrstuhls wäre dringend erforderlich. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, habe ich Innenminister Herrmann aufgefordert den Bahnhof Kitzingen, der täglich um die 2.000 Nutzer hat, in das anstehende Sonderprogramm Bahn, das zwischen dem Freistaat und der Bahn für den Zeitraum ab 2018 verhandelt wird, einzubeziehen. Auch den Generalbevollmächtigten der Bahn, Klaus-Dieter Josel, habe ich aufgefordert den Kitzynger Bahnhof in das Ausbauprogramm der Bahn mitaufzunehmen. In Ochsenfurt sind die Bahngleise 2 und 3 nicht barrierefrei erreichbar und der Bahnsteig ist sehr schmal. Auch hier gibt es Handlungsbedarf.

Einsatz für die Giebelstadter Ortsumgehung



Kraft tritt. Dies könnte die Chancen für die Umgehung erhöhen.

Zusammen mit Martin Burkert und den Kreisräten Harald Schmid und Eberhard Götz besuchte ich Bürgermeister Helmut Krämer (vorne links) im Giebelstadter Rathaus. Es steht die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans an und die Gemeinde sieht ihre Umgehungspläne gefährdet, da die Mittel künftig verstärkt für überregional bedeutsame Projekte reserviert werden. Wir empfahlen dem Bürgermeister das Planfeststellungsverfahren schnell in Gang zu bringen, damit es vor dem Bundesverkehrswegeplan in

Kommunalpolitischer Tag mit MdL Dr. Paul Wengert



Auf meine Einladung hin besuchte der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Dr. Paul Wengert, Alt-OB von Augsburg, den Landkreis. Bei zwei Vor-Ort-Besuchen waren wir in der Gemeinde Bieberehren (Bild links, Bürgermeister Zobel, zweiter von rechts, zeigte uns den neuen Bauhof) und im Markt Höchberg (Bild rechts, in der neu gestalteten Ortsmitte informierte uns Bürgermeister Peter Stichler). Nach dem Motto „Wo drückt der Schuh?“ ging es uns darum, uns aus erster Hand darüber zu informieren, wo die Probleme einer Gemeinde im ländlichen Raum liegen und welche Probleme eine Stadt-Umland-Gemeinde wie Höchberg hat. Bieberehren hat mit Leerstand und hohem Sanierungsbedarf in der Kanalisation zu kämpfen, in Höchberg waren die Auswirkungen einer mögliche Mietpreisbremse Thema.



Für den Nachmittag hatten wir Kommunalpolitiker ins Schützenhaus nach Eibelstadt eingeladen, um im Gespräch zu erfahren, wo die Gemeinden der Schuh drückt und was sie sich vom Freistaat wünschen. Bürgermeister und Gemeinderäte waren gekommen und machten deutlich, dass die meisten Kommunen angesichts vieler anstehender Infrastrukturprojekte nicht wissen, wo sie das Geld dafür hernehmen sollen. Der Sanierungstau gerade bei Kanälen und Wasserleitungen sei immens. Der

Bau und der Umbau von Kindertagesstätten binde viele Mittel. Auch bemängelten die Kommunalvertreter, dass die Kommunen auch bei möglichen Förderungen den Eigenanteil nicht aufbringen könnten. Auch die Frage, wie man die Dörfer auf dem Land wieder mehr beleben könnte und Leerstand entgegen wirken kann, wurde eifrig diskutiert. Insgesamt wurde ein großes Gefälle zwischen Arm und Reich festgestellt. Wir, Paul Wengert und ich, nahmen viele Anregungen für parlamentarische Initiativen mit. Paul machte deutlich, dass die SPD-Landtagsfraktion schon lange mehr Geld für die Kommunen fordert, damit diese ihren Aufgaben gerecht werden können.

Kommunalpolitischer Tag – Veranstaltung zu Straßenausbaubeiträgen



Mit rund 70 Besuchern fand unsere Veranstaltung zum Thema Straßenausbaubeiträge, die wir am gleichen Tag abends im Eibelstadter Schützenhaus durchführten, eine große Resonanz. Der gute Besuch zeigte, wie brisant das Thema ist. Ziel war es, eine Veranstaltung zu machen, bei der Akteure zu Wort kommen, die bei diesem Thema unterschiedliche Ansichten haben und diese auch vertreten. Neben Paul Wengert und mir standen am Rednerpult Josef Mend, Bürgermeister von Iphofen und Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags, (im Bild zweiter von rechts) sowie Werner Niederdraenk als Vertreter der Vereinigten Bürgerinitiativen für gerechte Kommunalabgaben (rechts im Bild). MdL Paul Wengert und ich selbst machten deutlich, dass nach der Expertenanhörung im Landtag, die im Juli 2015 auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion stattfand, mittlerweile alle Parteien im Landtag Gesetzentwürfe eingereicht haben. Schwerpunkt der SPD-Initiative ist das Ziel sog. „wiederkehrende Beiträge“ einzuführen, ein Model, mit dem man in Rheinland-Pfalz fast 30 Jahre lang positive Erfahrung sammeln konnte. Die wiederkehrenden Beiträge sollen allerdings nur als Alternative in das Gesetz kommen, die Möglichkeit der einmaligen Erhebung von Straßenausbaubeiträgen soll beibehalten werden. Die Stadt- und Gemeinderäte sollen künftig entscheiden können, nach welcher Methode die Kommunen Straßenausbaubeiträge erheben. Geht es nach der Methode der wiederkehrenden Beiträge, dann können Kommunen künftig von jedem Grundstückseigentümer einen jährlichen Betrag einheben. Mit den so vereinnahmten Geldern würden Kommunen künftig ihre Straßen neu bauen oder sanieren. Paul Wengert erläuterte den anwesenden Bürgermeistern und Gemeinderäten, dass die SPD will, dass künftig auch Eigenleistungen der Verwaltung in die Kosten mit einbezogen werden, weil das Kosten spare. Außerdem soll bei geplanten Maßnahmen eine frühzeitige Informationspflicht der Bürger verpflichtend sein. Ich machte in der Veranstaltung deutlich, dass es beim Vollzug der jetzigen Rechtslage massive Probleme gäbe. In Unterfranken haben 97 Prozent der Kommunen eine Straßenausbaubeitragssatzung, in Niederbayern sind es nur 39 Prozent. Diese unterschiedliche Handhabung vor Ort sei schon verwunderlich. Josef Mend machte deutlich, dass die Gemeinden auf Straßenausbaubeiträge nicht verzichten können. Werner Niederdraenk sprach sich gegen Straßenausbaubeiträge und für die Einführung einer allgemeinen Infrastrukturabgabe aus. So könnte man einen Teil des Soli, wenn dieser wie geplant 2019 auslaufe, für die Bildung einer solchen Infrastrukturabgabe hernehmen. In der Diskussion stellten die Bürgermeister klar, dass die Gemeinden die Straßenausbaubeiträge brauchen, sonst sind Straßensanierungen nicht finanzierbar.

Besuch der Palliativstation des Juliusspitals

Zusammen mit meinem Landtagskollegen Georg Rosenthal besuchte ich das seit Sommer 2013 von der Stiftung Juliusspital betriebene Hospiz in der Würzburger Sanderau. Dort begleiten spezialisierte Pflegekräfte, Seelsorger und Palliativmediziner die Patienten auf ihrem letzten Weg. Mit dieser Einrichtung ergänzt das Juliusspital das Angebot der Palliativstation des Krankenhauses, wie uns Oberpflegamtsdirektor Walter Herberth und Hospiz-Leiterin Sibylla Baumann erläuterten. Zehn Prozent der Betriebskosten müssen die stationären Hospize, so Herberth, selbst aufbringen, wofür private Spenden unverzichtbar sind. Zahlreiche ehrenamtliche Helfer engagieren sich, ebenso die Helfer des Hospizvereins und des Malteser Hilfsdienstes. Sie sorgen – zusammen mit den Hauptamtlichen – für eine hohe Qualität in der Betreuung der Schwerstkranken. Die Befürchtung, dass der Standort in der Innenstadt ein Problem werden könnte, so Sibylla Baumann, habe sich nicht bewahrheitet. Die mustergültige Arbeit in diesem 10-Betten-Hospiz hat Georg und mich sehr beeindruckt. (Im Bild: Zweiter von links Oberpflegamtsdirektor Walter Herberth, rechts Hospizleiterin Sibylla Baumann)



Parlamentarische Staatssekretärin Brigitte Zypries zu Besuch beim Zentrum für Telematik und beim Zentrum für angewandte Energieforschung



Zu Besuch beim Zentrum für Telematik, mit mir im Bild v. l.: Professor Klaus Schilling, MdB Bernd Rützel, PSts Brigitte Zypries, MdL Georg Rosenthal

Dem Zentrum für Telematik an der Universität Würzburg galt ein Besuch der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium Brigitte Zypries. Auf Initiative unseres MdB Bernd Rützel war sie nach Würzburg gekommen. Landtagskollege Georg Rosenthal und ich begleiteten sie bei ihrem Besuch. Professor Klaus Schilling erläuterte uns, dass drei Kleinstsatelliten, die im ZfT entwickelt und gebaut wurden, die Erde in einer Höhe von 600 km umkreisen. Sein Wunsch ist es am

Kleinsatellitenzentrum der Uni ein Testzentrum einzurichten. Es wäre das erste seiner Art in Deutschland. Mit einer Vielzahl von vernetzten Kleinsatelliten wäre es möglich schnelles Internet an alle Orte der Welt zu bringen. Auch für die weltweite Vernetzung von Produktionsanlagen seien diese Pico-Satelliten relevant. Brigitte Zypries faszinierte die Idee, sie zeigte sich aufgeschlossen, wenngleich sie nicht auf Anhieb konkrete Aussagen über eine Förderung durch die Regierung machen konnte. Sie sieht hier auch die Wirtschaft gefordert.



Auch dem Zentrum für angewandte Energieforschung (ZAE Bayern) am Galgenberg in Würzburg statteten wir, zusammen mit Brigitte Zypries, einen Besuch ab. Dessen wissenschaftlicher Leiter Vladimir Dyakonov und Bereichsleiter Dr. Hans-Peter Ebert informierten uns über die Arbeit des Zentrums. Die thematische Ausrichtung des Bereichs Energieeffizienz des ZAE liegt auf der Erforschung und Entwicklung von Funktionsmaterialien der Energietechnik und darauf aufbauender Komponenten und Systeme. Schwerpunkte liegen

dabei in den Bereichen Entwicklung und Optimierung von Materialien und hocheffizienten Systemen zur Wärmedämmung. Gerade für die Entwicklung energiesparender Produkte wird hier grundlegende Forschungsarbeit geleistet.

Gespräch mit den Studierenden im Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband (BLLV)



MdL Martin Güll, er ist bildungspolitischer Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion, und die Abgeordneten aus der Region trafen sich mit der Studentengruppe im BLLV. Diese hat ein Papier erarbeitet, mit dem sie die „Wünsche und Visionen“ für eine bessere Lehrerausbildung formuliert hat. Die Studenten verdeutlichten, dass noch immer zu sehr die theoretische Ausbildung dominiert. Ein wichtiger Schritt könnte die Einrichtung einer eigenen Fakultät zur Lehrerbildung sein. Doch hier blockt das Kultusministerium. Deshalb setzen die

Studenten auf kleine Schritte. Eine Verbesserung der Lehrerausbildung erhoffen sie sich von einer Angleichung der Studiendauer und der Abschlüsse, durch mehr Praktika und durch mehr Freiräume, um berufsbezogene Kompetenzen, wie Konfliktmanagement und Gesprächsführung, in den Mittelpunkt zu rücken. Auch auf den Umgang mit Flüchtlingskindern oder den inklusiven Umbau des Schulwesens wollen sie besser vorbereitet werden. Gerhard Bless (im Bild rechts), der BLLV-Vorsitzende in Unterfranken, bedauerte, dass das vor wenigen Jahren in Würzburg eingerichtete Zentrum für Lehrerbildung nicht wirkungsvoll fortentwickelt wurde. Leider blockieren die einzelnen Fachdidaktiken zu sehr. Martin Güll (im Bild dritter von rechts) führte dies jedoch auch auf die mangelnde personelle und finanzielle Ausstattung zurück.

Sozialempfang der SPD-Landtagsfraktion in Kitzingen



Im Zeichen des Ehrenamts stand der Sozialempfang der Landtagsfraktion in Kitzingen. Eine Vielzahl ehrenamtlich Tätiger aus allen gesellschaftlichen Bereichen konnte ich begrüßen. Inge Aures (links im Bild), Vizepräsidentin des Landtags, hielt die Festrede. Sie machte deutlich, dass im wunderbaren Bayern doch nicht alles optimal ist. Sie sprach die Bildungspolitik an, die Nachholbedarf in Bezug auf gemeinsame Schulzeiten und bessere Betreuung in den Kindertagesstätten habe. Dass Männer und Frauen

bei gleicher Arbeit noch immer unterschiedlich bezahlt werden, empfand sie als Skandal, ebenso die schlechte Finanzausstattung der Kommunen. Dass dennoch vieles funktioniere, liege am großen ehrenamtlichen Engagement vieler tausend Menschen. Rund 3,8 Millionen Bayern seien engagiert, weitere 36 Prozent hätten Interesse sich zu engagieren. Wie sehr sich Menschen engagieren und wie wichtig dies sei, sehe man aktuell am Beispiel der Ankunft der vielen tausend Flüchtlinge, weshalb sich Inge ausdrücklich bei den Ehrenamtlichen bedankte.

Vor den sich anschließenden lockeren Gesprächen der Gäste nutzte Heinz Galuschka (im Bild rechts), Kreisvorsitzender der SPD in Kitzingen, die Gelegenheit, um Astrid Glos (im Bild zweite von rechts) mit der Ehrenurkunde der SPD auszuzeichnen. Astrid Glos ist Stadträtin in Kitzingen und Referentin für Integration. In diesem Amt ist sie aktuell überaus engagiert in der Flüchtlingsarbeit tätig. Sie ist auch stellvertretende Kreisvorsitzende der SPD im Landkreis Kitzingen und auch innerhalb der Partei seit Jahren äußerst aktiv. Sie hat sich die Auszeichnung sehr verdient. Herzlichen Glückwunsch nochmals von mir.

Flüchtlingshelfer-Empfang der SPD-Landtagsfraktion in Würzburg



Nicht wenige haben sich verwundert die Augen gerieben: Ist dies wirklich das Deutschland, das einen Weltkrieg vom Zaun gebrochen hat? Statt auf Ablehnung sind die Flüchtlinge in Deutschland auf offene Arme getroffen. Dies ist in erster Linie das Verdienst der vielen Tausend freiwilligen Flüchtlingshelfer. Ihnen Danke zu sagen, aber auch ihre Sorgen und Nöte zu hören und in den bayerischen Landtag zu tragen, war das Ziel des Flüchtlingshelferempfangs der SPD-Landtagsfraktion im Felix-Fechenbach-Haus in Würzburg. „Mauern

und Stacheldraht sind zutiefst unchristlich“, betonte die evangelische Regionalbischöfin Gisela Bornowski (zweite v. l.) in ihrer Ansprache. Sie trat offen gegen eine Politik der Abschottung auf und wünschte sich ein „Europa des offenen Herzens“, erfüllt von „gelebter Menschlichkeit und Solidarität“. Mit einem Zitat des evangelischen Theologen und SPD-Mitglieds Friedrich Schorlemmer sprach sie den Flüchtlingshelfern aus dem Herzen: „Ich möchte ein Mensch des Friedens werden. Ich möchte so leben, dass auch andere Menschen leben können - neben mir - fern von mir - nach mir.“ Beim anschließenden Gespräch mit den Flüchtlingshelfern wurden Probleme offen angesprochen.

Einsatz für die Region

Vorstand der SPD-Landtagsfraktion auf Tour in Unterfranken



Der Vorstand der Bayern-SPD-Landtagsfraktion bereiste Anfang Oktober für zwei Tage Unterfranken, um sich vor Ort zu informieren. Mit dabei Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher, Helga Schmidt-Bussinger, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann und ich selbst in meiner Funktion als Parlamentarischer Geschäftsführer. Auch MdB Bernd Rützel und MdL Georg Rosenthal begleiteten uns zeitweise. Wir besuchten in Aschaffenburg, Würzburg und Schweinfurt verschiedene Firmen und sprachen auch mit Kommunalpolitikern, so z. B. mit Aschaffenburgs OB Klaus Herzog. In Würzburg machten wir Station bei der Firma Brose, ein erfolgreicher Automobilzulieferer weltweit (Bild links). Brose bietet viele Arbeitsplätze in der Region. Ein Besuch beim Süddeutschen Kunststoffzentrum (SKZ), rechtes Bild, verschaffte uns Einblicke in das größte Kunststoffzentrum seiner Art in Deutschland. Das SKZ sieht sich als Partner der Industrie, es unterstützt sie durch Qualitätsprüfung und Gütesicherung. Ein großes Weiterbildungsangebot, die Zertifizierung von Managementsystemen und das Industrie-Consulting runden die Leistungspalette des SKZ ab.



Am Abend des ersten Tages luden wir Gäste aus allen gesellschaftlichen Bereichen zu einem Empfang der Landtagsfraktion in die alte Maschinenhalle auf dem Bürgerbräu-Gelände in der Würzburger Zellerau ein. Ich konnte zahlreiche Vertreter von Firmen, aus der Wissenschaft, aus sozialen Organisationen und aus dem öffentlichen Bereich willkommen heißen. An die Ausführungen von MdL Georg Rosenthal, der u. a. den Werdegang des „neuen“ Bürgerbräu-Geländes beleuchtete, was ein echter Hotspot in der Stadt werden wird, sprach unser Fraktionsvorsitzender

Markus Rinderspacher u. a. über die Flüchtlinspolitik in Bayern. Er warb für ein Europa der offenen Grenzen und verlieh seiner Überzeugung Ausdruck, dass Kanzlerin Merkel, die die Solidarität aller, auch aller Nationen, einfordert, Unterstützung verdient. Und mit Blickrichtung auf die Staatsregierung: „Scheinselösungen und Kraftmeierei würden nicht weiter helfen“, so Rinderspacher.

Unterfränkische Arbeitsagenturen bereiten sich auf Flüchtlinge vor: Gespräch im Arbeitsamt



Beim Gespräch im Arbeitsamt: Neben mir von links nach rechts: Richard Paul, Geschäftsführer der Arbeitsagentur Würzburg, Maria Haas, Geschäftsführerin der Arbeitsagentur Aschaffenburg, Eugen Hain, Vorsitzender der Geschäftsführung in Würzburg, MdB Bernd Rützel, MdL Georg Rosenthal, Thomas Stelzer, Geschäftsführer der Arbeitsagentur Schweinfurt und Rainer Radler, Geschäftsführer im Job-Center Würzburg.

Beim Gespräch mit den unterfränkischen Arbeitsagenturen und Job-Centern wurde deutlich, dass die Ausgangslage kaum besser sein könnte: Im Agenturbezirk Würzburg (Landkreise Kitzingen, Main-Spessart, Stadt und Landkreis Würzburg) beispielsweise waren im Oktober gerade einmal 7.440 Menschen ohne Arbeit, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 2,6 Prozent. Auch der Ausbildungsmarkt hat sich, zumindest aus Sicht der Ausbildungsstellensuchenden, günstig entwickelt. Schon seit längerem haben Arbeitgeber Schwierigkeiten, geeignete Lehrlinge zu finden. Im gesamten Agenturbezirk Würzburg kamen im September auf 4.106 freie Ausbildungsstellen gerade einmal 3.820 Bewerber. Auch die Jugendarbeitslosigkeit befindet sich deutlich auf dem Rückzug. Bei den Unter-25-Jährigen waren z.B. in der Stadt Würzburg gerade einmal 15 langzeitarbeitslos. „Für eine Großstadt ist dies ein fantastisches Ergebnis“, fasste der Chef der Arbeitsagentur Würzburg, Eugen Hain, zusammen.

Dennoch steht die Behörde vor großen Herausforderungen.

Besonders die großen Zuwanderer-Zahlen erschweren eine am Einzelfall orientierte Betreuung. Das Ziel einer nachhaltigen Arbeitsvermittlung müsse es jedoch sein, die Neuankömmlinge möglichst hochwertig zu qualifizieren, stellte Hain fest. Für ungelernte Arbeitskräfte sei der Arbeitsmarkt nicht aufnahmebereit. Auch fehlt es an Personal: Das Jobcenter Stadt Würzburg hat derzeit 100 Mitarbeiter. Zusätzlich werden voraussichtlich nur vier Stellen zur Verfügung gestellt, die sich auf die Vermittlung

der Flüchtlinge und die Leistungsbearbeitung aufteilen. Ein Vermittler betreut normalerweise 150 Fälle. „Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Flüchtlinge möglichst schnell in Arbeit oder eine Ausbildung bringen“, betonte MdB Bernd Rützel: „Dafür braucht die Behörde einen Personalschlüssel, der dem tatsächlichen Bedarf entspricht.“ Ich selbst verlieh meiner Überzeugung Ausdruck, „dass Wartezeiten von bis zu 12 Monaten für einen Alphabetisierungskurs oder neun Monaten für einen Sprachkurs darum unbedingt der Vergangenheit angehören müssten“. Und weiter stellte ich fest: „Ein neues Förderprogramm der Arbeitsagentur für Menschen mit Fluchthintergrund und für Jugendliche auf der Flucht sowie achtwöchige Deutsch-Einstiegsurse für Asylbewerber weisen in die richtige Richtung. Dies könne aber nur ein Anfang sein.“ Auch nach dem im Oktober beschlossenen Finanzierungskonzept für Zuwanderung und Integration, das von einer deutlichen sozialdemokratischen Handschrift geprägt ist, sehe ich die bayerische Staatsregierung in der Pflicht, flexibel auf die tatsächlichen Anforderungen zu reagieren. Der Übergang in den Arbeitsmarkt wird in den kommenden Monaten und Jahren das entscheidende Nadelöhr für eine gelungene Integration sein.

Meine Aufgaben in München

Vertriebenenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion



Beim 28. Bundestreffen des Böhmerwald-Bundes in der Dreiländer-Halle in Passau im Gespräch.
Mit mir im Bild: V. I. Bundesvorsitzender Ingo Hans, Jürgen Dupper, der Oberbürgermeister von Passau, und stellvertretender Landrat Klaus Jeggle.

Unter dem Leitmotiv „Menschenrechte ohne Grenzen“ fand Ende Juli das 28. Bundestreffen des Böhmerwald-Bundes in Passau statt. Als Vertriebenenpolitischer Sprecher durfte ich die Festrede halten. Im Rahmen der dreitägigen Veranstaltung, die bei bestem Wetter stattfand, gab es einen farbenprächtigen Trachten-Festzug mit etwa 300 Mitwirkenden und einen Volkstumsabend. OB Jürgen Dupper bekam auf Grund seiner engen Verbindung mit der Volksgruppe deren höchste Auszeichnung, die fünfblättrige goldene Rose, verliehen.

Finanz- und haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Informationsreise des Arbeitskreises Staatshaushalt und Finanzen nach Brüssel



Als Mitglied des Arbeitskreises „Staatshaushalt und Finanzfragen“ hielt ich mich mit meinen Kollegen Harald Güller, Günther Knoblauch, Reinhold Strobl und Dr. Herbert Kränzlein für drei Tage in Brüssel zu Informationsgesprächen auf. Das Gespräch mit Reinhard Biebel (im Bild zweiter von links), dem Referatsleiter Steuern bei der Europäischen Kommission, fand in der Bayerischen Vertretung in Brüssel statt. Weitere sieben Gespräche mit Direktoren der verschiedenen europäischen

Institutionen gab es obendrein. Themen waren Griechenland, die Bankenunion und die geplante harmonisierte Einlagensicherung. Intensive Diskussionen zu verschiedensten Themen führten wir auch mit MdEP Peter Simon im Europäischen Parlament.

Fachgespräch mit Sabine Lautenschläger, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank



Auf Einladung des Arbeitskreises „Staatshaushalt und Finanzfragen“ fand im Landtag ein SPD-Fachgespräch mit hochkarätigen Gästen statt. Neben Vertretern bayerischer Banken konnte ich Frau Sabine Lautenschläger (im Bild vorne Mitte), Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, begrüßen. Ein Thema war u. a. die von der EU forcierte Vergemeinschaftung der Einlagensicherung in Europa. Derzeit springt ein nationales Sicherungssystem ein, sollte eine Bank pleitegehen. Künftig aber könnte es ein europäischer Topf sein. Ich verwies in

diesem Zusammenhang darauf, dass zunächst die Mitgliedsstaaten der EU gefordert sind, jeweils eine ausreichende Vorsorge für die Einlagen ihrer Bankkunden zu gewährleisten. Deshalb müssten die Pläne der EU im Interesse der bayerischen und deutschen Sparer verhindert werden. Das deutsche Sicherungssystem habe sich seit Jahrzehnten bewährt.

Gastbeitrag von Bernd Rützel, MdB

Christbaumschmuck der Mainfränkischen Werkstätten im Bundestag

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vor genau einem Jahr startete ich eine ungewöhnliche Initiative: Ich regte an, den Schmuck für den Lebenshilfe-Weihnachtsbaum im Deutschen Bundestag von einer unterfränkischen Werkstatt der Lebenshilfe anfertigen zu lassen. Am Freitag vorm ersten Advent war es so weit – Mitarbeiterinnen und



Mitarbeiter der Mainfränkischen Werkstätten übergaben ihren Schmuck in Berlin im Beisein vieler Abgeordneter und Zuschauer an den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Johannes Singhammer, MdB, und die Bundesvorsitzende der Lebenshilfe Ulla Schmidt, MdB.

Während einer Führung durch die Hauptwerkstatt in Würzburg mit knapp 420 Beschäftigten vornehmlich aus Stadt und Landkreis Würzburg hatte ich mir bereits im Juli einen Eindruck davon verschafft, welche Schmuckstücke dort entstehen und den Baum zieren sollten. Schon damals war ich beeindruckt vom handwerklichen Können, jetzt am Baum stieß der Schmuck bei allen Gästen auf Begeisterung.

Eine ganz besondere Stimmung herrschte bei der feierlichen Übergabe. Dazu trug auch die Musik der Gruppe „Mosaik“ der Mainfränkischen Werkstätten bei, für die dieses Jahr nicht nur mit dem Auftritt jetzt in Berlin ein ganz besonderes Jahr war. Zwei Mitglieder der Band hatten mit ihrem Auftritt beim RTL-„Supertalent“ im September die ganze Republik beeindruckt.

Bundesteilhabegesetz in 2016

Die feierliche, von der Band begleitete Übergabe des geschmückten Baumes war ein toller Einstieg in die Adventszeit. Dabei will ich es aber nicht belassen: Denn Politik für Menschen mit Behinderung darf sich nicht in solchen symbolträchtigen Aktionen erschöpfen. Diese sind wichtig, um auf die berechtigten Anliegen der Betroffenen und ihrer Familien aufmerksam zu machen. Politik muss aber mehr tun als das: Im April wird im Bundestag die erste Lesung des Bundesteilhabegesetzes auf der Tagesordnung stehen, im Herbst 2016 soll dieses dann beschlossen werden. Dies wird ein Meilenstein werden für alle Menschen mit Behinderung in unserem Land.

Als Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales bin ich mittendrin in den Beratungen für dieses Gesetz. Ich werde insbesondere die Anliegen der Werkstätten im Auge behalten – für den Raum Würzburg mit seinen großen Einrichtungen dieser Art ein wichtiger Punkt.

Solidarische, vorweihnachtliche Grüße

Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Gastbeitrag von Sabine Dittmar, MdB: Pflege und Krankenhaus - Viel Geld für bessere Versorgung



Die letzten Wochen hatten es aus gesundheitspolitischer Sicht in sich. Mit dem **Pflegestärkungsgesetz II** (PSG II) und dem Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) wurden zwei finanzkräftige Gesetze auf den Weg gebracht, die sich spürbar auf die Versorgung auswirken werden.

Herzstück des PSG II ist der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, der die Begutachtung nach Minuten ablöst. Mit dem PSG II werden künftig nicht mehr nur körperliche und psychische, sondern endlich auch kognitive Beeinträchtigungen gleichwertig erfasst. Insbesondere Patienten mit demenziellen Erkrankungen können damit im neuen Pflegesystem Zugang zur notwendigen Pflege und Betreuung erhalten. Rund 500.000 Menschen,

die bislang von Pflegeleistungen ausgeschlossen waren, können künftig Pflegeleistungen beziehen. Das ist ein sozialer und gesundheitspolitischer Erfolg.

Besonders wichtig ist darüber hinaus der Aspekt der Personalbemessung in Pflegeeinrichtungen. Dazu sollen bis 2020 auf Basis des durchschnittlichen Versorgungsaufwands einheitliche Maßstäbe und Personalkennzahlen entwickelt und erprobt werden. Als Gesundheitspolitikerin werde ich diesen Prozess kritisch begleiten, da wir dafür Sorge tragen müssen, dass bei einheitlichen Maßstäben der Qualität der Pflege Rechnung getragen wird.

Mit den Pflegestärkungsgesetzen I und II haben wir in dieser Legislaturperiode den Bereich der Pflege ein riesiges Stück voran gebracht. Damit ist die Arbeit aber nicht abgeschlossen. Bereits im Frühjahr 2016 werden wir das Thema Pflege in den Kommunen aufgreifen und ein Kommunales Pflegestärkungsgesetz (PSG III) auf den Weg bringen. Eckpunkte wurden dazu schon vereinbart.

Ein weiterer dicker Brocken war das **Krankenhausstrukturgesetz** (KHSG), welches nach langen und zähen Verhandlungen verabschiedet werden konnte. In den nächsten Jahren werden rund 9 Milliarden Euro in den Krankenhaussektor fließen, um die Qualität zu verbessern, die Betriebs- und Behandlungskosten zu stabilisieren und die Versorgung zu sichern.

Ein wichtiges Anliegen war der SPD die Stärkung der stationären Pflege. Es ist ein großer Erfolg, dass es uns gelungen ist, die geplante Streichung des Versorgungszuschlags abzuwenden und die Mittel in einen Pflegezuschlag umzuwidmen. Damit fließen zusätzlich zum Pflegestellenförderprogramm jährlich 500 Mio. Euro in die Pflege. Profitieren werden in erster Linie die Patientinnen und Patienten. Aber auch die Pflegekräfte, die derzeit zum Teil unter erheblichen Druck arbeiten, werden hoffentlich schon bald eine Entlastung spüren.

Zudem wird mit dem KHSG eine Lücke in der Übergangsversorgung geschlossen. Wenn ein Patient beispielsweise nach einer Operation gesundheitlich noch so stark eingeschränkt ist, dass er weitere Unterstützungsleistungen im Alltag benötigt, so hat er dazu künftig einen erweiterten Leistungsanspruch. Dazu wurden die Leistungsansprüche auf häusliche Krankenpflege und Haushaltshilfen erweitert und der Anspruch auf Kurzzeitpflege neu gefasst.

Aus Qualitäts- und Versorgungssicht ist das Gesetzespaket sehr zu begrüßen. Leider konnten wir bei den Verhandlungen das Problem der unzureichenden Investitionskostenfinanzierung durch die Länder nicht lösen. Hier bleiben die einzelnen Bundesländer in der Pflicht, ihre Verantwortung für die Krankenhäuser endlich ernst zu nehmen. Der Bund hat dies mit dem KHSG getan.

Sabine Dittmar

MdB und stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion



EINLADUNG ZUM NEUJAHRSEMPFANG 2016

SPD WÜRZBURG STADT UND LAND
SAMSTAG, 23. JANUAR 2016

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD Würzburg Stadt und Land lädt Sie und Dich ganz herzlich zu unserem Neujahrsempfang am **Samstag, dem 23. Januar 2015 um 15 Uhr** in der Sportanlage Sonnenstuhl **Randersacker** ein.

MUCHTAR AL GHUSAIN
SPD-Bundeswahlkreisvorsitzender
Vorsitzender der WürzburgSPD

BERND RÜTZEL
Mitglied des Deutschen Bundestages

STEFAN WOLFSHÖRNDL
Geschäftsf. Vorsitzender der LandkreisSPD
Bürgermeister Gerbrunn

VOLKMAR HALBLEIB
Mitglied des Bayerischen Landtages

KERSTIN WESTPHAL
Mitglied des Europäischen Parlaments

GEORG ROSENTHAL
Mitglied des Bayerischen Landtages

Wir wünschen Ihnen und Ihren Angehörigen frohe Festtage und ein gutes neues Jahr!

Auch das Team der Semmelstraße wünscht allen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten, einen glücklichen Start ins neue Jahr und für 2016 alles Gute!

Volkmar Halbleib auf facebook Aktuelle Pressemitteilungen, Bilder und Informationen gibt es nicht nur auf meiner Homepage, sondern auch im sozialen Netzwerk unter „Volkmar Halbleib“	
Mein Bürgerbüro: Semmelstraße 46R, 97070 Würzburg Tel.: 0931/59384, Fax: 0931/53030 Mail: buengerbuero-halbleib@t-online.de Bürozeiten: Montag bis Freitag, 10 - 16 Uhr www.volkmar-halbleib.de	Mein Team: Martin Bielawski, Organisation Eberhard Götz, Wiss. Mitarbeit Sebastian Klein und Darius Schottdorf, Öffentlichkeitsarbeit

Impressum:

Herausgeber: MdL Volkmar Halbleib, Bürgerbüro, Semmelstraße 46R, 97070 Würzburg

Redaktion: Eberhard Götz